



# medmissio

Institut für Gesundheit weltweit  
Institute for Global Health



# Satzung

in der Fassung vom 6. Januar 2024

# Articles of Association

Version dated 06 January, 2024

## Satzung

in der Fassung gemäß Beschluss der Vertreterversammlung vom 14.07.2022  
und Beschlüssen der Mitgliederversammlung vom 06.01.2024.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei natürlichen Personen  
die weibliche Schreibweise verwendet. Damit erfolgt keine Festlegung  
auf das Geschlecht der erwähnten Personen.

### § 1 Name, historischer Bezug, Sitz, Rechtsnatur

- (1) Der Verein führt den Namen:  
„MEDMISSIO – Institut für Gesundheit weltweit“.
- (2) Der Verein wurde im Jahr 1922 von missionierenden Ordensgemeinschaften als  
*„Verein für ärztlichen Dienst in Übersee – Missionsärztliches Institut Würzburg“*  
gegründet. Überregionale Bekanntheit erlangte der Verein unter dem Namen  
„Missionsärztliches Institut“ oder als Akronym MI. Seit seiner Gründung besteht  
eine enge Anbindung des Vereins an die Katholische Kirche.
- (3) Der Verein hat seinen Sitz in Würzburg.
- (4) Der Verein besitzt die Rechtsfähigkeit als wirtschaftlicher Verein kraft staatlicher  
Verleihung nach § 22 BGB durch Entschließung des Bayerischen Staatsministeriums  
des Innern vom 03.11.1931 Nr. 403 b 19
- (5) Die Grundordnung des kirchlichen Dienstes findet Anwendung in ihrer jeweils  
geltenden Fassung.

## § 2 Zweck des Vereins

- (1) Der Verein versteht sich als Instrument und qualifizierte starke Stimme innerhalb der Kirche und darüber hinaus mit dem Ziel, einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Versorgung von Armen und Kranken auf der Welt sowie der Verwirklichung der Anliegen der Globalen und Planetaren Gesundheit zu leisten.
- (2) Der Verein ist dem christlichen Heilungsauftrag verpflichtet. Sein Wirken basiert auf den Prinzipien der christlichen Soziallehre. Seine Organe, Mitglieder und Mitarbeiterinnen richten ihr Handeln an den Grundwerten der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit, der unveräußerlichen Menschenrechte und der Bewahrung der Schöpfung aus. Subsidiarität, Partizipation, Nachhaltigkeit, die Option für die Armen, Wirtschaftlichkeit und Wissenschaftlichkeit sind seine grundlegenden Handlungsprinzipien.
- (3) Der Verein verwirklicht diesen Zweck unter Einhaltung ethischer Richtlinien insbesondere durch personelle, wirtschaftliche und ideelle Unterstützung folgender Handlungsfelder:
  1. der medizinischen Versorgung und Rehabilitation von Kranken;
  2. dem Abbau von Gesundheitsrisiken und der Bekämpfung von Krankheitsursachen;
  3. der Stärkung, Beratung und Begleitung von Partnern in der Gesundheitsarbeit;
  4. der Förderung und Verbreitung von gesundheitsbezogenem Wissen in Dokumentation und Lehre;
  5. der Förderung und Durchführung von gemeinwohlorientierter und sozial verträglicher Forschung zu gesundheitlichen Themen und Fragestellungen;
  6. der öffentlichen Anwaltschaft für die gesundheitsbezogenen Anliegen der Menschen insbesondere in Ressourcen-schwachen Ländern;
  7. der Mitträgerschaft und Mitarbeit im Klinikum Würzburg Mitte gGmbH als christlich orientiertem Krankenhaus und Ausbildungsstätte in Rechtsnachfolgerschaft der Missionsärztlichen Klinik
  8. der erforderlichen Fürsorge für erkrankte und bedürftige Missionskräfte.
- (4) Der Verein kann zur Erreichung seines satzungsmäßigen Zweckes auch Gesellschaften und Einrichtungen gründen, erwerben oder sich an ihnen beteiligen, sofern solche dem Vereinszweck dienen.
- (5) Die Ziel- und Werteorientierung des Vereins zeigt sich auch im Umgang mit Mitarbeitenden, die nicht notwendigerweise Vereinsmitglieder sind. Mitwirkung und Mitbestimmung werden gefördert.

## § 3 Steuerbegünstigte Zwecke

- (1) Der Verein verfolgt mit seinem in § 2 festgelegten Vereinszweck ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, wissenschaftliche und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (AO). Der Zweck des Vereins ist in § 2 beschrieben. Er verwirklicht hierbei insbesondere
  - a) die gemeinnützigen Zwecke im Sinne des § 52 AO und der christlichen Soziallehre, insbesondere durch die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege, der Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentinnenhilfe sowie der Wissenschaft gemäß dem christlichen Heilungsauftrag, durch Betrieb und Unterstützung entsprechender Einrichtungen und Ausbildungsstätten z.B. im Hanna-Decker-Haus Würzburg und im Klinikum Würzburg Mitte gGmbH;
  - b) die mildtätigen Zwecke durch die Unterstützung von Personen, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustands auf die Hilfe anderer angewiesen sind, insbesondere erkrankte und bedürftige Missionskräfte;
  - c) die wissenschaftlichen Zwecke durch Förderung von Forschung und Lehre, insbesondere durch die Förderung medizin-soziologischer und tropenmedizinischer Studien z.B. Hanna-Decker-Haus Würzburg und im Klinikum Würzburg Mitte gGmbH.
- (2) Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Mittel des Vereins nach § 4 dürfen nur für seine satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder des Vereins erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins.
- (4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zwecke des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen und sonstige wirtschaftliche Vorteile begünstigt werden. Die Organmitglieder haben Anspruch auf Aufwandsersatz oder eine angemessene Vergütung. Über die Höhe der Vergütung entscheidet der Aufsichtsrat des Vereins.
- (5) Der Verein ist zu allen Geschäften und Maßnahmen – auch zu Hilfs- und Nebengeschäften – berechtigt, die mit den steuerbegünstigten Vereinszwecken unmittelbar zusammenhängen oder diese fördern. Insoweit kann er auch weitere Unternehmen errichten oder sich an diesen beteiligen.

#### **§ 4 Mittel des Vereins**

Die zur Erfüllung des Vereinszweckes erforderlichen Mittel werden aufgebracht durch:

1. Mitgliedsbeiträge, über deren Höhe und Fälligkeiten die Mitgliederversammlung entscheidet,
2. freie und projektbezogene Spenden,
3. Einnahmen aus der Vermögens- und Immobilienverwaltung,
4. Einnahmen aus der Realisierung satzungsgemäßer Aufgaben,
5. Zuschüsse und Gelder aus co-finanzierten Projekten,
6. sonstige Zuwendungen an den Verein, sofern daraus keine Verpflichtungen und Bedingungen erwachsen, die den oben genannten Zwecken, Handlungsfeldern und Handlungsprinzipien widersprechen.

#### **§ 5 Mitgliedschaft**

- (1) Der Verein hat:
  - a) Mitglieder mit Stimmrecht in der Mitgliederversammlung;
  - b) beratende Mitglieder;
  - c) fördernde Mitglieder.
- (2) Mitglieder des Vereins können natürliche oder juristische Personen werden, die die Zwecke des Vereins fördern wollen.
- (3) Mitglieder mit Stimmrecht und fördernde Mitglieder werden vom Verein nach einem schriftlichen Beitrittsantrag aufgenommen. Über die Aufnahme entscheidet das Leitungsgremium. Gegen die Ablehnung der Aufnahme durch das Leitungsgremium, die nicht begründet zu werden braucht, steht der Bewerberin die Berufung an die nächste Mitgliederversammlung zu. Ein Anspruch auf Aufnahme besteht nicht.
- (4) Beratende Mitglieder sind Personen, die dem Beirat angehören (§ 10). Sie werden auf Vorschlag des Leitungsgremiums von der Mitgliederversammlung berufen.
- (5) Fördernde Mitglieder unterstützen die Arbeit des Vereins ideell und finanziell. Der Mindestmitgliedsbeitrag wird von der Mitgliederversammlung festgelegt. Fördernde Mitglieder dürfen bei den Mitgliederversammlungen des Vereins zugegen sein und verbale oder Beiträge in Textform leisten. Sie sind nicht stimmberechtigt, können aber in Gremien des Vereins gewählt oder bestellt werden.

- (6) Mitglieder mit Stimmrecht sind stimmberechtigt in der Mitgliederversammlung und können in die Gremien des Vereins gewählt oder bestellt werden.
- (7) Hauptamtliche Mitarbeiterinnen des Vereins können Mitglieder sein, haben aber für die Dauer ihres Arbeitsverhältnisses kein Stimmrecht. Sie können nicht in den Aufsichtsrat gewählt werden.
- (8) Jede Form der Mitgliedschaft erlischt:
  1. durch schriftliche Austrittserklärung gegenüber dem Leitungsgremium. Der Austritt wird wirksam zum Schluss des Geschäftsjahres;
  2. mit dem Tod eines Mitglieds, bei juristischen Personen durch Verlust der Rechtsfähigkeit;
  3. durch Ausschluss eines Mitgliedes, wenn es vorsätzlich den Interessen des Vereins zuwiderhandelt. Dies ist insbesondere der Fall, wenn ein schwerwiegender Verstoß gegen die Satzung oder gegen Anordnungen der Vereinsorgane zu verzeichnen ist. Den Antrag auf Ausschluss kann jedes Mitglied stellen. Über eine Annahme oder Ablehnung des Antrages entscheidet die Mitgliederversammlung.
- (9) Im Fall der Beendigung der Mitgliedschaft scheidet das Mitglied entschädigungslos aus.

#### **§ 6 Organe**

Die Organe des Vereins sind:

1. die Mitgliederversammlung
2. das Leitungsgremium
3. der Aufsichtsrat
4. der Beirat.

#### **§ 7 Mitgliederversammlung**

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ des Vereins.
- (2) Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:
  1. Beschlüsse und Festlegungen zur Verwirklichung der satzungsmäßigen Vereinszwecke und deren Umsetzung,
  2. die Festlegung der Zahl der Mitglieder des Leitungsgremiums und des Aufsichtsrates für die jeweilige Wahlperiode,
  3. die Wahl der Vorsitzenden, der stellvertretenden Vorsitzenden und der restlichen Mitglieder des Leitungsgremiums gemäß § 8 Abs. 1 und deren Abwahl aus wichtigem Grund,

4. die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder gemäß § 9 Abs. 1 und deren Abwahl aus wichtigem Grund,
  5. die Berufung der Mitglieder des Beirates,
  6. die Verabschiedung einer Geschäftsordnung für die Mitgliederversammlung, das Leitungsgremium, die Geschäftsführung, den Beirat und den Aufsichtsrat sowie deren Überprüfung und etwaige Änderungen,
  7. die Entgegennahme und Genehmigung des Jahresberichtes und die Feststellung des Jahresabschlusses sowie des Jahresergebnisses,
  8. die Beschlussfassung über den vom Leitungsgremium jährlich rechtzeitig zu erstellenden Haushaltsplan,
  9. Entgegennahme des Berichts des Aufsichtsrats,
  10. Entgegennahme des Berichtes des Beirates und seiner Empfehlungen,
  11. die Entlastung des Aufsichtsrates,
  12. die Festsetzung eines Mitgliedsbeitrages,
  13. Beschlüsse zu Satzungsänderungen einschließlich etwaiger Änderungen des Vereinszweckes.
- (3) Eine ordentliche Mitgliederversammlung findet mindestens einmal jährlich statt. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muss einberufen werden, wenn wenigstens 1/3 der stimmberechtigten Mitglieder eine solche unter Angabe der Gründe beim Leitungsgremium beantragt.
  - (4) Der Termin für die Mitgliederversammlung wird den Teilnahmeberechtigten spätestens vier Wochen vorher unter Angabe der Tagesordnung durch die Vorsitzende, im Verhinderungsfall durch die stellvertretende Vorsitzende des Leitungsgremiums schriftlich bekannt gegeben. Die Einladung mit Versand der Tagesordnung und der Beschlussvorlagen erfolgt in Textform als einfacher Brief oder über E-Mail.
  - (5) Jede Teilnahmeberechtigte kann bis spätestens einer Woche vor der Mitgliederversammlung in Textform bei der Vorsitzenden des Leitungsgremiums eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen. Die ergänzte Tagesordnung ist in der Mitgliederversammlung zu beschließen.
  - (6) Die Vorsitzende des Leitungsgremiums, im Verhinderungsfall die stellvertretende Vorsitzende, leitet die Mitgliederversammlung.
  - (7) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Eine Ausnahme ist die Regelung in § 7 Abs. 9 dieser Satzung zur Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins.
  - (8) Jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stimme. Jedes stimmberechtigte Mitglied kann sich mittels schriftlicher Vollmacht durch ein anderes Mitglied für den Einzelfall vertreten lassen. Mehr als zwei Stimmrechtsübertragungen auf ein anderes Mitglied sind nicht zulässig.

(9) Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden oder vertretenen Stimmberechtigten gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Beschlüsse über eine Satzungsänderung oder über eine Änderung des Vereinszweckes bedürfen einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden oder vertretenen Stimmberechtigten.

Beschlüsse über die Auflösung des Vereins erfordern eine Mitgliederversammlung, bei der mindestens 25 % aller stimmberechtigten Mitglieder vertreten sind. Diesbezügliche Beschlüsse bedürfen einer Mehrheit von 3/4 der anwesenden oder vertretenen Stimmberechtigten.

(10) Über jede Mitgliederversammlung wird ein Protokoll erstellt, das die Vorsitzende des Leitungsgremiums, im Verhinderungsfall die stellvertretende Vorsitzende, und eine von der Mitgliederversammlung zu bestellende Protokollführerin unterzeichnen.

(11) Die Vorsitzende oder die stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates sowie die Sprecherin oder die stellvertretende Sprecherin des Beirates sind zu den Mitgliederversammlungen einzuladen. Sie haben kein Stimmrecht, sofern sie nicht selbst Mitglied des Vereins sind.

## **§ 8 Leitungsgremium**

(1) Das Leitungsgremium entspricht dem Vorstand des Vereins im Sinne von § 26 BGB.

(2) Das Leitungsgremium besteht aus mindestens zwei, höchstens fünf Personen, die Mitglieder des Vereins nach § 5 Abs. 2 sein sollen:

- a) der Vorsitzenden und einer Stellvertreterin,
- b) falls von der Mitgliederversammlung so beschlossen weiteren Mitgliedern.

(3) Die Mitglieder des Leitungsgremiums werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von vier Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich. Mitglieder des Aufsichtsrats, mit der Wirtschaftsprüfung Beauftragte sowie Personen, bei denen Interessenkonflikte mit den Aufgaben und Zielen des Vereins auftreten können, dürfen nicht Mitglieder des Leitungsgremiums sein. Die Mitglieder des Leitungsgremiums bleiben bis zur Neuwahl im Amt.

(4) Dem Leitungsgremium obliegt die Leitung des Vereins und die Führung der laufenden Geschäfte. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind durchzuführen und deren Empfehlungen zu beachten. Es besteht eine Informationspflicht gegenüber dem Aufsichtsrat bei allen Entscheidungen von wirtschaftlicher Bedeutung für den Verein.

- (5) Die Vorsitzende oder bei deren Verhinderung ihre Stellvertreterin vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich im Sinn des § 26 BGB.
- (6) Die Vorsitzende oder bei deren Verhinderung die stellvertretende Vorsitzende hat das Leitungsgremium unter Angabe einer Tagesordnung einzuberufen, so oft die Geschäfte es erfordern, oder wenn mindestens ein Leitungsgremiumsmitglied es beantragt.
- (7) Das Leitungsgremium ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder einschließlich der Vorsitzenden oder ihrer Stellvertreterin anwesend sind. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der Vorsitzenden.
- (8) Das Leitungsgremium ist abweichend von § 7 zuständig für die Beschlussfassung über Satzungsänderungen, die im Genehmigungsverfahren vom Ortsordinarius, dem Finanzamt oder der Regierung von Schwaben verlangt werden. Von entsprechenden Satzungsänderungen ist die nächste Mitgliederversammlung in Kenntnis zu setzen.

## § 9 Aufsichtsrat

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei, höchstens fünf Personen, die von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Nach Möglichkeit sollten Personen mit Kompetenzen in Fragen der Finanzen, der Medizin oder Globalen Gesundheit, des deutschen Rechts, der Entwicklungszusammenarbeit und der weltkirchlichen Arbeit ausgewählt werden. Eine Vereinsmitgliedschaft ist nicht erforderlich. Hat das Aufsichtsratsmitglied eine Mitgliedschaft als stimmberechtigtes Mitglied nach § 5, ruht das Stimmrecht in der Mitgliederversammlung während der Dauer der Zugehörigkeit zum Aufsichtsrat bei Abstimmungen zu Wahl, Abwahl und Entlastung des Aufsichtsrates. Die Mitglieder des Leitungsgremiums, Mitglieder der Geschäftsführung der Beteiligungsgesellschaften, Mitarbeiterinnen des Vereins sowie dessen Untergliederungen und Beteiligungsgesellschaften, mit der Wirtschaftsprüfung Beauftragte sowie Personen, bei denen Interessenkonflikte mit den Aufgaben und Zielen des Vereins und dessen Personalführung auftreten können, dürfen nicht Mitglieder des Aufsichtsrats sein.
- (2) Die Vorsitzende des Aufsichtsrates wird in interner Wahl bestimmt.

- (3) Der Aufsichtsrat hat eine Amtszeit von fünf Jahren, zweimalige Wiederwahl ist möglich. Nach Ablauf der Amtszeit bleiben die Mitglieder des Aufsichtsrates bis zu einer Neuwahl im Amt.
- (4) Der Aufsichtsrat berät, kontrolliert und entlastet das Leitungsgremium. Der Aufsichtsrat hat insbesondere die nachstehenden Aufgaben:
  - a) Im Innenverhältnis ist seine vorherige Zustimmung zu folgenden Rechts-handlungen und Geschäften erforderlich:
    1. Überschreitung von Haushaltsansätzen, die nicht ausdrücklich für deckungsfähig erklärt worden sind;
    2. Investitionen und Eingehen von Verpflichtungen, die nicht eine Projektbewilligung oder eine andere Bewilligung betreffen, soweit diese wertmäßig einen in der von der Mitgliederversammlung beschlossenen Geschäftsordnung festgelegten Betrag übersteigen;
    3. Ausschlagung von Erbschaften;
    4. Annahme und Abwicklung von Schenkungen und Erbschaften, sofern dadurch eine Verpflichtung übernommen wird, die wertmäßig 10.000,00 Euro übersteigt;
    5. Übertragung, Übernahme oder Schließung von Einrichtungen;
    6. Verfügungen und Verpflichtungen zu Verfügungen über Gesellschaftsbeteiligungen.
    7. Vergütung der Mitglieder des Leitungsgremiums.
  - b) Der Aufsichtsrat entscheidet über die Auswahl der Wirtschaftsprüfer oder der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie die dabei zu beachtenden Schwerpunkte der Prüfung.
  - c) Der Aufsichtsrat kann in allen Angelegenheiten, die der Beschlussfassung der Mitgliederversammlung unterliegen, beraten. Insbesondere berät er über die Entgegennahme der Geschäfts- und Jahresberichte des Leitungsgremiums und über Satzungsänderungen sowie die Auflösung des Vereins vor deren Einbringung in die Mitgliederversammlung.
  - d) Der Aufsichtsrat hat jeder Zeit das Recht auf Einsichtnahme in die Geschäftsunterlagen.
- (5) Der Aufsichtsrat tagt bei Bedarf, mindestens aber dreimal im Jahr. Die Vorsitzende des Aufsichtsrates beruft die Sitzung schriftlich mit Tagesordnung mit einer Frist von zwei Wochen ein. Die Frist gilt ab Absendedatum des Einberufungsschreibens.

- (6) Die Einberufung einer Sitzung kann von jedem Aufsichtsratsmitglied und von der Vorsitzenden des Leitungsgremiums beantragt werden.
- (7) Beschlüsse des Aufsichtsrates werden mit einfacher Mehrheit der Anwesenden gefasst. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind. Ist die Beschlussfähigkeit nicht gegeben, so hat die Vorsitzende des Aufsichtsrates mit derselben Tagesordnung innerhalb einer Woche mit einer Ladungsfrist von einer Woche den Aufsichtsrat einzuberufen. In diesem Fall ist die Beschlussfähigkeit ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden gegeben. Darauf ist in der zweiten Einladung hinzuweisen.
- (8) Beschlüsse können in Eilfällen auch im schriftlichen Verfahren, aber dann nur einstimmig gefasst werden.
- (9) An den Sitzungen des Aufsichtsrates nimmt jeweils mindestens ein Mitglied des Leitungsgremiums teil, falls der Aufsichtsrat nicht anders beschließt.

## § 10 Beirat

- (1) Der Beirat besteht aus natürlichen Personen oder Vertreterinnen von dem Verein nahestehenden Vereinen, Werken oder Institutionen, deren Werteorientierung den Zielen des Vereins entsprechen. Im Beirat sollen die MARMICK, die Diözese Würzburg und die Kommission X der Deutschen Bischofskonferenz mit jeweils mindestens einem Sitz vertreten sein.
- (2) Der Beirat wählt aus seinen Reihen eine Sprecherin und eine stellvertretende Sprecherin für die Dauer von drei Jahren. Die Sprecherinnen bleiben bis zur Neuwahl der Sprecherinnen im Amt.
- (3) Der Beirat hat die Aufgabe, das Leitungsgremium und die Mitgliederversammlung in wichtigen Vereinsangelegenheiten zu beraten, insbesondere solchen von strategischer Bedeutung.
- (4) Mindestens zweimal im Jahr soll eine Sitzung des Beirats stattfinden. Der Beirat wird von der Sprecherin des Beirates in Textform mit einer Frist von mindestens vier Wochen unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Der Beirat muss einberufen werden, wenn mindestens 1/3 der Beiratsmitglieder die Einberufung in Textform bei der Sprecherin verlangen.
- (5) Die Sitzungen des Beirats werden von der Sprecherin des Beirates geleitet; ist diese verhindert, leitet die stellvertretende Sprecherin die Sitzung.

- (6) Beschlüsse des Beirates werden mit einfacher Mehrheit der Anwesenden gefasst. Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der beratenden Mitglieder anwesend ist. Ist die Beschlussfähigkeit nicht gegeben, so hat die Sprecherin des Beirates mit derselben Tagesordnung innerhalb einer Woche mit einer Ladungsfrist von einer Woche den Beirat einzuberufen. In diesem Fall ist die Beschlussfähigkeit ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden gegeben. Darauf ist in der zweiten Einladung hinzuweisen.
- (7) An den Sitzungen des Beirates nimmt jeweils mindestens ein Mitglied des Leitungsgremiums teil, falls der Beirat nicht anders beschließt. Bei Bedarf können Mitglieder der anderen Organe oder Mitarbeiterinnen des Vereins zu den Sitzungen hinzugezogen werden.
- (8) Alle Mitglieder des Beirates sind berechtigt, an den Mitgliederversammlungen des Vereins aktiv teilzunehmen. Sie haben aber kein Stimmrecht.
- (9) Die Beschlüsse und Empfehlungen des Beirates sind rechtlich für die Gremien des Vereins nicht bindend. Die Nichtbefolgung einer Empfehlung ist dem Beirat in seiner nächsten Sitzung zu erläutern.

## § 11 Virtuelle oder hybride Sitzungen

- (1) Jedes Vereinsorgan kann seine Versammlung gänzlich virtuell oder als hybride Versammlung unter Nutzung eines nur für die teilnahmeberechtigten Mitglieder zugänglichen virtuellen Raumes unter Einhaltung der Regeln des Gesetzes über den kirchlichen Datenschutz der Katholischen Kirche in Deutschland durchführen.
- (2) Wird zu einer virtuellen oder hybriden Versammlung eingeladen, erhalten die teilnahmeberechtigten Personen zu diesem Zwecke in der Einladung neben der Tagesordnung auch die Zugangsdaten zur virtuellen Versammlung. Die Mitglieder verpflichten sich, die Legitimationsdaten keiner Dritten zugänglich zu machen. Die Anmeldung zur virtuellen Online-Versammlung weist die Berechtigte als Teilnehmerin aus.
- (3) Während der virtuellen oder hybriden Versammlung sind Abstimmungen und Wahlen möglich. Die Abstimmungen und Wahlen erfolgen unter Nutzung geeigneter technischer Mittel.
- (4) Die jeweilige Vorsitzende bzw. Sprecherin hat für die technisch einwandfreie Durchführung der virtuellen oder hybriden Versammlung Sorge zu tragen. Die übrigen Vorschriften zur Präsenzversammlung sind zu berücksichtigen.
- (5) Der Verlauf von virtuellen oder hybriden Sitzungen und deren Beschlüsse sind in gleicher Weise wie Präsenzversammlungen zu protokollieren.

## **§ 12 Geschäftsjahr und Jahresabschluss**

- (1) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.
- (2) Der Verein stellt einen Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (§§ 238-263 HGB) auf. Zusätzlich ist ein Anhang aufzustellen.
- (3) Der von dem Leitungsgremium erstellte Jahresabschluss ist durch einen Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu prüfen.
- (4) In die Prüfung des Jahresabschlusses ist die Buchführung miteinzubeziehen. Die Prüfung ist so anzulegen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, erkannt werden.
- (5) Das Leitungsgremium sowie der beauftragte Wirtschaftsprüfer erstatten dem Aufsichtsrat und der Mitgliederversammlung über das Ergebnis der Prüfung Bericht.

## **§ 13 Vertraulichkeit, Rückgabe von Unterlagen und sonstigen Gegenständen**

- (1) Die Mitglieder des Leitungsgremiums und des Aufsichtsrats haben über alle Angelegenheiten des Vereins und dessen Beteiligungen, die ihnen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit für den Verein bekannt geworden sind, Stillschweigen zu bewahren, soweit sie diese Angelegenheiten nicht im Rahmen pflichtgemäßer Ausübung ihrer Tätigkeit offenbaren müssen.
- (2) Die Verschwiegenheitsverpflichtung dauert auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit für den Verein und dessen Beteiligungen fort. Hierauf sind die Gremienmitglieder zu verpflichten.
- (3) Bei seinem Ausscheiden ist das ausscheidende Mitglied des Leitungsgremiums und des Aufsichtsrats verpflichtet, alle Schriftstücke, EDV-Programme und Datenträger, Entwürfe von Dokumenten und dergleichen, die Angelegenheiten des Vereins und dessen Beteiligungen betreffen und die sich noch in seinem Besitz befinden, ebenso wie etwaige andere Sachen des Vereins unverzüglich an den Verein zu übergeben bzw. unter Einhaltung des Datenschutzes zu vernichten. Das ausscheidende Mitglied ist nicht berechtigt, an derartigen Sachen ein Zurückbehaltungsrecht auszuüben.

## **§ 14 Haftung der Organmitglieder**

- (1) Die Organmitglieder tragen jeweils in ihrer Gesamtheit die Verantwortung für ihre Tätigkeit, auch wenn die Wahrnehmung von Aufgaben einzelnen Mitgliedern übertragen wurde. Soweit eine persönliche Haftung der Mitglieder der Organe gegenüber Dritten bestehen sollte, werden sie durch den Verein von den Ansprüchen Dritter freigestellt.
- (2) Gegenüber dem Verein haften die ehrenamtlichen Organmitglieder nur bei Vorsatz, soweit jeweils keine andere Ersatzmöglichkeit besteht. Die Beweislast für das Verschulden trägt der Verein.
- (3) Der Verein wird auf seine Kosten für die Organmitglieder des Vereins eine angemessene D&O-Versicherung sowie entsprechende Rechtsschutzversicherungen abschließen.

## **§ 15 In-Kraft-Treten der Satzung und Satzungsänderungen**

- (1) Änderungen der Satzung werden vorbehaltlich § 8 Abs. 8 von der Mitgliederversammlung beschlossen. Änderungen des Vereinszwecks oder die Auflösung des Vereins können nur von der Mitgliederversammlung beschlossen werden. Es gelten die Regelungen in § 7 Abs. 9.
- (2) Satzungsänderungen, welche die Gemeinnützigkeit betreffen, sind zunächst dem zuständigen Finanzamt zur Stellungnahme vorzulegen.
- (3) Beschlüsse über eine Änderung der Satzung des Vereines, des Vereinszweckes oder über eine Auflösung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Genehmigung des für den Vereinssitz zuständigen Ortsordinarius. Diese ist über den Caritasverband für die Stadt und den Landkreis Würzburg e.V. zu beantragen.
- (4) Jede Satzungsänderung ist sodann der Regierung von Schwaben durch Übersendung der geänderten Satzung zur Genehmigung vorzulegen.
- (5) Die Satzung tritt mit Genehmigung der Regierung von Schwaben in Kraft.

## § 16 Vermögensanfall bei Auflösung des Vereins

Bei Auflösung des Vereins oder Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die DOK Deutsche Ordensobernkonferenz e.V., die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke, möglichst im Sinne des Satzungszweckes des Vereins, zu verwenden hat.



Vorsitzender  
des Leitungsgremiums  
Professor Dr. August Stich



Stellvertretender Vorsitzender  
des Leitungsgremiums  
Michael Kuhnert

Die Regierung von Schwaben hat der Satzungsänderung nach § 33 Abs. 2 BGB mit Schreiben vom 28.02.2023, Az. 10-1203.2-7/12 und 11.03.2024, Az. 10-1203.2-7/16, die Genehmigung gegeben.

## Articles of Association

As amended in accordance with the Resolution of the Representative's Meeting on July 14, 2022 and the Resolutions of the General Meeting on January 6, 2024.

### Sec. 1 Name, historical Reference, Registered Office, Legal Status

- (1) The Association bears the name: "MEDMISSIO – Institute for Global Health".
- (2) The Association was founded in 1922 by missionary religious congregations as "*Verein für ärztlichen Dienst in Übersee - Missionsärztliches Institut Würzburg*". The Association became known under the name "Medical Mission Institute " or as the acronym MI. Since its foundation, the Association has had close ties to the Catholic Church.
- (3) The Registered Office of the Association is located in Wuerzburg.
- (4) The Association received the legal status of a non-profit organization by Order No. 403 b 19 of 03 November 1931 of the Bavarian Ministry of Home Affairs in accordance with Sec. 22 of the German Civil Code.
- (5) The Basic Regulations for Church Service shall apply as amended.

### Sec. 2 Purpose of the Association

- (1) The Association sees itself as an instrument and qualified strong voice within the Church and beyond with the aim of making a significant contribution to improving the care of the poor and sick in the world as well as the realization of the concerns of Global and Planetary Health.
- (2) The Association is committed to the Christian healing mission. Its work is based on the principles of Christian social teaching. The actions of its organs, members and employees are based on the fundamental values of solidarity, social justice, inherent human rights and the integrity of creation. Subsidiarity, participation, sustainability, the option for the poor, economy and science are its fundamental principles of action.
- (3) The Association realizes this purpose under observance of ethical guidelines in particular by personnel, economic and idealistic support of the following fields of activity:
  1. Medical care and rehabilitation of the sick;
  2. the reduction of health risks and the fight against the causes of illness;
  3. strengthening, advising and accompanying partners in health work;
  4. the promotion and dissemination of health-related knowledge in documentation and teaching;
  5. the promotion and implementation of public welfare-oriented and socially acceptable research on health-related topics and issues;
  6. public advocacy for the health-related concerns of people, especially in resource-poor countries;
  7. the co-sponsorship and cooperation in the Klinikum Würzburg Mitte gGmbH as a Christian oriented hospital and training center in legal succession to the Medical Mission Hospital.
  8. the necessary care for sick and needy missionaries.
- (4) In order to achieve the purpose of its Articles, the Association may found, acquire or hold shares in companies insofar as such companies further the purpose of the Association.
- (5) The Association's goal and value orientation is also reflected in its conduct with employees who are not necessarily members of the Association. Participation and co-determination are encouraged.

### **Sec. 3 Tax-privileged Purposes**

- (1) In its purpose as defined in Sec. 2, the Association pursues exclusively and directly non-profit making, charitable and scientific purposes within the scope of the paragraph titled "Tax-privileged Purposes" of the Tax Law. The purpose of the Association is defined in Sec. 2. Thus, it puts into effect:
  - a) the non-profit making purposes stipulated in § 52 of the Tax Law by promoting the work of the Catholic Church in the context of its world mission, in particular by promoting health services and public health care, education and vocational training, including student aid, as well as science, by running and supporting appropriate institutions and training centers, e.g. at the Hanna-Decker-Haus and at the Klinikum Würzburg Mitte gGmbH;
  - b) the charitable objectives by support of needy persons, who are dependent on assistance by others on account of their physical, mental or spiritual condition, and especially for sick and needy missionary workers;
  - c) The Association also pursues scientific purposes by promoting research and teaching, in particular by promoting socio-medical and tropical medicine studies, for example in the Klinikum Würzburg Mitte gGmbH and the Hanna-Decker-Haus, Würzburg, Germany.
- (2) The Association is a charitable organization; it does not primarily pursue its own financial purposes.
- (3) The financial resources of the Association as defined in Sec. 4 may only be used in accordance with the Association's Articles. Members of the Association do not receive any remuneration from the funds of the Association.
- (4) No person may profit from expenditure that is not within the purposes of the Association or received as a disproportionately high compensation. The executive body members are entitled to reimbursement of expenses or appropriate remuneration. The Supervisory Board of the Association decides on the amount of remuneration.
- (5) The Association is authorized to carry out all transactions and measures – including auxiliary and ancillary transactions – that are directly related to or promote the tax-privileged purposes of the Association. In this respect, it may also establish other companies or acquire interests in them.

### **Sec. 4 Financial resources of the Association**

Funds required for the realization of the Association's purposes are provided by:

1. Membership fees. The General Meeting decides on the amount and the due date,
2. free and project-related donations,
3. revenues from capital investments and real estate management,
4. income from the realization of statutory tasks,
5. grants and funds from co-funded projects,
6. other grants to the Association, provided that no obligations and conditions arise from them which contradict the above-mentioned purposes, fields of action and principles of action.

### **Sec. 5 Membership**

- (1) The Association has:
  - a) Members with voting rights in the General Meeting;
  - b) advisory members;
  - c) sponsoring members.
- (2) Members of the Association can be natural or legal persons who wish to promote the purposes of the Association.
- (3) Members with voting rights and supporting members are accepted by the Association after a written application for membership. The Management Body decides on the admission for the time being. The applicant has the right to appeal to the next General Meeting against the rejection of admission by the Management Body, which can be rejected without giving reasons. There is no right to admission.
- (4) Advisory members are persons that are members of the Advisory Board (Sec.10). They are appointed by the General Meeting after being proposed by the Management Body.
- (5) Sponsoring members support the work of the Association ideally and financially. The minimum membership fee is set by the General Meeting. Sponsoring members may attend the General Meetings of the Association and make verbal or written contributions. They are not entitled to vote, however, they can be elected or appointed to the executive boards of the Association.
- (6) Members with voting rights are entitled to vote at the General Meeting and may be elected or appointed to the executive boards of the Association.

- (7) Full-time employees of the Association may be members, but have no voting rights for the duration of their employment. They cannot be elected to the Supervisory Board.
- (8) Each form of membership is terminated by:
  1. written resignation addressed to the management body. The resignation will be effective at the end of a financial year;
  2. with the death of a member, in the case of juristic persons by loss of legal capacity;
  3. exclusion of a member if he or she intentionally acts against the interests of the Association. This is particularly the case if there is a serious violation of the statutes or against the orders of the organs of the Association. Any member may apply for exclusion. The General Meeting decides on the acceptance or rejection of the application.
- (9) In the case of termination of membership, the former member will not receive any compensation.

## Sec. 6 Governing Bodies

The governing bodies of the Association are:

1. the General Meeting
2. the Management Body
3. the Supervisory Board
4. the Advisory Board.

## Sec. 7 General Meeting

- (1) The General Meeting is the highest governing body of the Association.
- (2) In particular, the General Meeting has to fulfill the following tasks:
  1. resolutions and adoptions for the realization of the statutory purposes of the Association and the timely implementation of these purposes,
  2. to define the number of members of the Management Body and the Supervisory Board for the respective election period,
  3. to elect the Chairperson, the Deputy Chairperson and the remaining members of the Management Body according to Sec. 8 Section para 1 as well as their dismissal based on reasonable grounds,
  4. to elect the members of the Supervisory Board pursuant to Sec. 9 (1) and their dismissal on reasonable grounds,

5. to appoint the members of the Advisory Board,
6. to adopt rules of procedure for the General Meeting, the Management Body, the Board of Directors, the Advisory Board, the Supervisory Board, as well as to review and, if required, to amend the rules of procedure,
7. to accept and approve the annual report and the adoption of the annual financial statements as well as of the annual result,
8. to take decision on the budget to be drawn up by the Management Body on an annual basis in a timely manner,
9. to accept the report of the Supervisory Board,
10. to accept the report of the Advisory Board and its recommendations,
11. to exonerate the Supervisory Board,
12. to determine a membership fee,
13. to adopt resolutions concerning amendments to the Articles of Association including amendments to the purpose of the Association.

- (3) A regular General Meeting will take place at least once per year. An extraordinary General Meeting must be convened if at least 1/3 of the members entitled to vote request such a meeting from the Management Body, by stating reasons for this extraordinary meeting to be held.
- (4) The date of the General Meeting shall be announced in writing at least four weeks in advance to those entitled to attend and has to include the agenda drawn up by the Chairperson or, in the event of the Chairperson being unable to attend, by the Deputy Chairperson of the Management Body. The invitation and the sending of the agenda as well as the draft resolutions will be done in a simple letter in text format or by email.
- (5) Any person entitled to participate may request in writing to the Chairperson of the Management Body an addition to the agenda no later than one week before the General Meeting. The amended agenda must be adopted at the General Meeting.
- (6) The Chairperson of the Management Body or the Vice-Chairperson in case he/she is unable to attend shall chair the General Meeting.
- (7) Any duly convened General Meeting shall constitute a quorum regardless of the number of members present. An exception is the provision in Sec. 7 (9) of these Articles of Association regarding the resolution on the dissolution of the Association.
- (8) Each member entitled to vote has one vote. Each voting member may ad hoc be represented by another member by means of a written power of attorney. More than two transfers of voting rights to another member are not permitted.

- (9) Decisions of the General Meeting shall be adopted by a simple majority of the votes cast by those entitled to vote who are present or represented. In the event of a tie, a motion shall be regarded as rejected.

Decisions on an amendment to the Articles of Association or on a change in the purpose of the Association require a majority of 2/3 of the present or represented voting members.

Decisions on the dissolution of the Association require a General Meeting at which at least 25% of all voting members have to be present. Decisions in this regard require a majority of 3/4 of the present or represented voting members.

- (10) Minutes shall be taken of each General Meeting and shall be signed by the Chairperson of the Management or, if the Chairperson is unable to do so, the Vice-Chairperson will do so and also by a minute-taker to be appointed by the General Meeting.
- (11) The Chairperson or the Deputy Chairperson of the Supervisory Board as well as the spokesperson or the deputy spokesperson of the Advisory Board must be invited to attend the General Meeting. They are not entitled to vote if they are not a member of the Association.

### **Sec. 8 Management Body**

- (1) The Management Body corresponds with the Board of the Association in accordance with Sec. 26 of the German Civil Code.
- (2) The Management Body shall consist of at least two, at most five persons, who shall be members of the Association according to Sec. 5 para 2:
- a) the Chairperson and a deputy,
  - b) if so decided by the General Meeting, further members shall also be part of the Management Body.
- (3) The members of the Management Body are elected by the General Meeting for a period of four years. Re-election is possible. Members of the Supervisory Board, persons responsible for auditing and persons who may have conflicts of interest with the tasks and goals of the Association may not be members of the Management Body. The members of the Management Body remain in office until the new elections are held.
- (4) The Management Body is responsible for the management of the Association and the running of the day-to-day business. The decisions of the General Meeting shall be implemented and its recommendations shall be observed. It is mandatory to inform the Supervisory Board of all decisions of economic significance for the Association.

- (5) The General Meeting may appoint a member of the Management Body to manage the business or resolve to contractually employ one or more fulltime Managing Directors.
- (6) The Chairperson or, if prevented from doing so, the deputy shall represent the Association in and out of court in accordance with Sec. 26 of the German Civil Code.
- (7) The Chairperson or, if prevented from doing so, the vice-Chairperson shall convene the Management Body by giving an agenda, as often as business may require or if at least one member of the Management Body requests a meeting.
- (8) In deviation from Sec. 7, the Management Body is responsible for the passing of resolutions on amendments to the Articles of Association that are requested in the approval process by the local Ordinary, the tax office or the government of Swabia. The next General Meeting must be informed of such amendments to the Articles of Association.

### **Sec. 9 Supervisory Board**

- (1) The Supervisory Board consists of at least three, at most five persons, who are elected by the General Meeting. If possible, persons with expertise in the financial field, medicine or global health, German law, development cooperation and world church activities should be selected. It is not required to be a member of the Association. If the Supervisory Board member is a voting member in accordance with Sec. 5, the voting right in the General Meeting is suspended for the duration of the affiliation in the Supervisory Board for votes on election, deselection, and discharge of the Supervisory Board. The members of the Management Body, members of the management of the associated companies, employees of the Association and its subdivisions and associated companies, persons responsible for auditing and persons who may have conflicts of interest with the tasks and goals of the Association and its personnel management may not be members of the Supervisory Board.
- (2) The Chairperson of the Supervisory Board will be determined in an internal election.
- (3) The Supervisory Board will be in office for five years; the members to be elected may be re-elected twice. After expiry of the term of office, the members of the Supervisory Board remain in office until a new election is held.

- (4) The Supervisory Board advises, monitors and exonerates the Management Body. In particular, the Supervisory Board carries out the following duties:
- a) Internally, prior consent of the Supervisory Board shall be required for the following legal acts and transactions:
    1. surpassing of budget lines that have not been specifically declared to be coverable;
    2. investments and commitments that do not involve a project grant or any other grant if these grants do exceed an amount specified in the Rules of Procedure adopted by the General Meeting;
    3. disbursement of inheritances;
    4. acceptance and settlement of accessions and inheritances, provided that an obligation is thereby assumed which exceeds 10,000.00 Euros in value;
    5. transfer, takeover or closure of facilities;
    6. decrees and obligations regarding dispositions in company shareholdings.
    7. remuneration of the members of the Management Body.
  - b) The Supervisory Board shall decide on the selection of auditors or auditing company as well as on the particular focus of the audit.
  - c) The Supervisory Board may advise on all matters subject to resolution by the General Meeting. The Supervisory Board particularly advises on the acceptance of the annual and business reports of the Management Body and on amend-ments to the Articles of Association as well as the dissolution of the Association prior to their submission to the General Meeting.
  - d) The Supervisory Board has the right to inspect the business documents at any time.
- (5) The Supervisory Board meets as required, but at least three times a year. The Chair-person of the Supervisory Board shall convene the meeting in writing with an agenda and two weeks' notice. The notice period shall apply from the date of dispatch of the convening letter.
- (6) The convening of a meeting may be requested by any member of the Supervisory Board and by the Chairperson of the Management Board.

- (7) Decisions of the Supervisory Board are adopted by a simple majority of those present. The Supervisory Board constitutes a quorum if at least three members are present. If a quorum is not present, the Chairperson of the Supervisory Board shall convene the Supervisory Board with the same agenda within one week with one week's notice. In this case, a quorum shall be deemed to exist irrespective of the number of members present. This must be pointed out in the second invitation.
- (8) In urgent cases, decisions may also be adopted by written procedure, yet only unanimously.
- (9) Each meeting of the Supervisory Board shall be attended by at least one member of the Management Board, unless the Supervisory Board decides otherwise.

#### **Sec. 10 Advisory Board**

- (1) The Advisory Board consists of natural persons or representatives of associations, agencies or institutions close to the Association, that work closely with the Association and whose value orientation correspond with the goals of the Association. MARMICK (Misereor, Adveniat, Renovabis, missio, Caritas international and Kindermissionswerk), the Diocese of Würzburg and Commission X of the German Bishops' Conference should each be represented on the Advisory Board with at least one seat.
- (2) The Advisory Board elects a spokesperson and a deputy spokesperson from its members for a period of three years. The spokespersons remain in office until the election of new spokespersons.
- (3) The Advisory Board has the task of advising the Management Board and the General Meeting on important matters of the Association, in particular those of strategic importance.
- (4) A meeting of the Advisory Board shall be held at least twice a year. The Advisory Board shall be convened by the spokesperson of the Advisory Board in writing, by telephone or electronically with at least four weeks' notice and with notification of the agenda. The Advisory Board must be convened if at least 1/3 of the members of the Advisory Board request a meeting in writing to the spokesperson.

- (5) The meetings of the Advisory Board shall be chaired by the spokesperson of the Advisory Board; if the spokesperson is unable to attend, the meeting shall be chaired by the deputy spokesperson.
- (6) Decisions of the Advisory Board shall be adopted by a simple majority of those present. The Advisory Board has a quorum if at least half of the advisory members are present. If there is no quorum, the spokesperson of the Advisory Board shall convene the Advisory Board with the same agenda within one week with one week's notice. In this case the quorum is given without consideration of the number of those present. This must be pointed out in the second invitation.
- (7) At least one member of Management Board shall attend the meetings of the Advisory Board, unless the Advisory Board decides otherwise. If necessary, members of the other bodies or employees of the Association may be invited to attend the meetings.
- (8) All members of the Advisory Board are entitled to actively participate in the General Meetings of the Association. However, the members of the Advisory Body are not entitled to cast a vote.
- (9) The decisions and recommendations of the Advisory Board are not legally binding. However, a rejection or disregard by the Management Body or the General Meeting requires a written statement of reason.

### **Sec. 11 Virtual and Hybrid meetings**

- (1) Each body of the Association may conduct its meetings entirely on virtual or hybrid basis using a virtual room accessible only to the members entitled to participate and in compliance with the rules of data protection and data security.
- (2) In case of invitations being issued to virtual or hybrid meetings, the persons entitled to attend shall receive the access data for the virtual meeting in addition to the agenda in the invitation. Members are obliged not to disclose this data to third parties. Registration to virtual online meetings shall be considered as the authorization of attendance.
- (3) Voting and elections are possible during virtual or hybrid meetings. Voting and elections shall be held using appropriate technical resources.
- (4) The respective Chairperson or speaker shall safeguard that virtual or hybrid meetings are conducted in a technically flawless manner. All other requirements regarding face-to-face meetings shall be observed.

- (5) The course of virtual or hybrid meetings and respective decisions shall be recorded in the same way as face-to-face meetings.

### **Sec. 12 Financial year and annual financial statements**

- (1) The financial year of the Association is the calendar year.
- (2) The Association shall prepare annual financial statements in accordance with the provisions of the German Commercial Code (Sec. 238-263 HGB). In addition, notes to the financial statements shall be prepared.
- (3) The annual financial statements prepared by the Management Body shall be audited by an auditor or auditing company.
- (4) The accounting records shall be included in the audit of the annual financial statements. The audit shall be designed to detect misstatements and violations that have a material effect on the presentation of the net assets, financial position and results of operations.
- (5) The Management Body and the appointed auditor shall report to the Supervisory Board and the General Meeting on the results of the audit.

### **Sec. 13 Confidentiality, return of documents and other items**

- (1) The members of the Management Body and the Supervisory Board must maintain confidentiality about all matters relating to the Association and its shareholdings of which they become aware in connection with their work for the Association, unless they are required to disclose these matters in the course of their duties.
- (2) The obligation to maintain confidentiality shall continue even after the termination of their activities for the Association and its participations. The board members must be bound by this obligation.
- (3) Upon resignation, the resigning member of the Management Body and the Supervisory Board is obliged to immediately hand over to the Association all documents, IT programs and data carriers, drafts of documents or similar that relate to the affairs of the Association and its shareholdings and that are still in his possession, as well as any other items belonging to the Association, or to destroy them in compliance with data protection regulations. The departing member is not entitled to exercise a right of retention to such items.

#### **Sec. 14 Liability of executive body members**

- (1) The executive body members shall each bear responsibility for their activities as a whole, even if the performance of tasks has been assigned to individual members. Insofar as the executive body members are personally liable to third parties, they shall be indemnified by the Association against third-party claims.
- (2) Honorary executive body members shall only be held liable to the Association in the event of intent, provided that there is no other possibility of compensation. The burden of proof for fault shall be borne by the Association.
- (3) The Association shall take out appropriate D&O liability insurances and corresponding legal expenses insurances at its own expense for the executive body members of the Association.

#### **Sec. 15 Effectiveness Articles of Association and Amendments to Articles of the Association**

- (1) Amendments to the Articles of Association shall be adopted by the General Meeting, subject to Section 8 (8). Amendments to the statutes or the purpose of the Association as well as the dissolution of the Association can only be decided by the General Meeting. The regulations in Sec. 7 para 9 shall apply.
- (2) Amendments to the Articles of Association that affect the non-profit status must first be submitted to the responsible tax office for comment.
- (3) In order to be effective, resolutions about amendments to the Articles of Association, the purpose of the Association or the dissolution of the Association shall require the written approval of the local Ordinary responsible for the Association's registered office. This must be applied for at the Caritasverband für die Stadt und den Landkreis Würzburg e.V.
- (4) Any amendment to the Articles of Association shall then be submitted to the Government of Swabia for approval by sending the amended Articles of Association.
- (5) The Articles of Association become effective with the approval of the government of Swabia.

#### **Sec. 16 Distribution of Assets in the event of Dissolution of the Association**

In the event of the dissolution of the Association or a cessation of the tax-privileged purposes, the assets of the Association will accrue to DOK Deutsche Ordensobernkonzern e.V., which must use the remaining assets directly and exclusively for non-profit making or charitable purposes, as far as possible in accordance with the intentions of the purpose defined in the Articles of Association.



Chairperson  
of the Management Body  
Professor Dr August Stich



Deputy Chairperson  
of the Management Body  
Michael Kuhnert

The government of Swabia approved the amendment to the Articles of Association in accordance with Section 33 (2) BGB by letter dated February 28, 2023, ref. 10-1203.2-7/12 and March 11, 2024, ref. 10-1203.2-7/16.

# medmissio

## Leiter der Geschäftsstelle | Head of Office

Michael Kuhnert  
Hermann-Schell-Str. 7  
97074 Würzburg  
Tel. +49-(0)931-80485-40  
Fax +49-(0)931-80485-30  
gf@medmissio.de

## Sekretariat | Secretariat

Tel. +49-(0)931-80485-10  
Fax +49-(0)931-80485-30  
info@medmissio.de

## Bankverbindung | Bank account

### Deutschland | Germany:

Liga Bank Würzburg  
Kto. 300 65 65  
BLZ 750 903 00  
BIC GENO DE F1 M05  
IBAN DE58 7509 0300 0003 0065 65

### International:

Commerzbank  
IBAN DE 22 7908 0052 0301 1574 00  
BIC DRES DE FF 790